Stand: 15.07.2025 04:00:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/24147

"Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/24147 vom 26.09.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/25352 des WK vom 26.10.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 06.12.2022
4. Beschluss des Plenums 18/25740 vom 13.12.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 130 vom 13.12.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.09.2022 **Drucksache** 18/**24147**

Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger** und **Fraktion (AfD)**

Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass eine umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks initiiert wird.

Die Reform soll folgende Grundprinzipien beherzigen:

1. Das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss erheblich verschlankt werden.
2. Ein neu zu strukturierender öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat seine Programmarbeit im Sinne eines „Grundversorgungsrundfunks“ zu gestalten.
3. Der neu zu strukturierende öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich auf die Programmbereiche Nachrichten und Information, Wissenschaft, Bildung, Regionales, Dokumentation, Kultur und Tradition, Hobby, Lebenshilfe und Verbraucherschutz, Amateur- und Breitensport, Notfall- und Katastropheninformation zu konzentrieren.
4. Der neue Rundfunkbeitrag soll im Sinne eines Grundbeitrages wesentlich niedriger angesetzt werden.
5. Das reformierte System muss gänzlich auf Werbung und Sponsoring verzichten.

Begründung:

Aufgrund der jüngsten Missstände beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), Enthüllungen über Zensur der Berichterstattung beim NDR und zahlreichen Unstimmigkeiten bei anderen Rundfunkanstalten, darunter auch dem Bayerische Rundfunk (BR) mit der vorzeitigen und kostspieligen Vertragsauflösung des Programmdirektors Kultur, Reinhard Scolik, muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk grundlegend reformiert werden, wenn er eine Zukunft haben soll.

Den dringenden Reformbedarf sieht mittlerweile auch die in der Union sehr einflussreiche Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Die Bundesvorsitzende Gitta Connemann (CDU) äußerte sich in der Tageszeitung DIE WELT wie folgt: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss reformiert werden – jetzt. Und ohne Denkverbote. Er muss sich wieder auf eine Kernaufgabe fokussieren: Das ist die Grundversorgung der Bevölkerung mit Information, Bildung, Beratung, Unterhaltung und Kultur. Punkt.“[1]

Deutschland leistet sich den teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt. Das gegenwärtige Aufkommen aus dem Rundfunkbeitrag, das von allen Privatwohnungen (und von Unternehmen für deren Betriebsstätten und Fahrzeuge) gezahlt werden muss, beträgt jährlich mehr als 8 Mrd. Euro. Im Jahr 2020 mussten die Gebührenzahler in Deutschland ca. 8,11 Mrd. Euro für ARD, ZDF, Deutschlandradio usw. zahlen. Hinzu kommen noch Werbeeinnahmen von mehr als 500 Mio. Euro pro Jahr. Mit dem Geld

[1] Ruf nach der Radikalreform“, DIE WELT, 29.08.2022

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

werden 21 Fernsehprogramme, 7 Mediatheken, 73 Radioprogramme, 2 Audiotheken, das sog. Online-Medien-Angebot „funk“ sowie diverse weitere Internetangebote finanziert. Neben den Kosten für das überbordende öffentlich-rechtliche Angebot kommen noch die ausufernden Gehälter der Intendanten und deren Pensionsansprüche hinzu. Allein der ehemalige ARD-Vorsitzende Tom Buhrow erhielt 2019 ein Jahresgehalt von 395.000 Euro. Danach folgten in der Gehaltsliste die Intendanten Ulrich Wilhelm mit 388.000 Euro, der pensionierte Lutz Marmor mit 365.000 Euro und Kai Gniffke mit 343.000 Euro.

Der Beitragszahler muss nachvollziehen können, wohin jeder Cent geht. Mehrfachstrukturen müssen aufgelöst werden, die aufgeblähten Verwaltungsapparate und die Ausstattung der Chefetagen müssen verschlankt werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.10.2022 **Drucksache** 18/**25352**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Drs. 18/**24147**

Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Prof. Dr. Ingo Hahn**
Mitberichterstatter: **Alex Dorow**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 26. Oktober 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Robert Brannekämper
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung
über Anträge die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Jetzt muss ich die Voten der fraktionslosen Abgeordneten abfragen. Wer ist dafür? – Wer enthält sich? – Das sind Herr Bayerbach, Herr Klingen und Herr Plenk. Herr Swoboda? – Herr Swoboda: Ablehnung. Ist Herr Kollege Sauter noch da?

(Zuruf: Ja!)

– Ich sehe aber das Abstimmungsverhalten nicht. Herr Schöffel, ich sehe das Abstimmungsverhalten nicht. Herr Kollege Sauter? – Zustimmung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
   Für mehr Chancengerechtigkeit am Übergang Schule-Beruf – dauerhafte Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern
   Drs. 18/23572, 18/25402 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
   Cannabislegalisierung stoppen – Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten!
   Drs. 18/23845, 18/25366 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD
Kulturbetrieb in der Energiekrise unterstützen
Drs. 18/24071, 18/25351 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Kooperation mit Tschechien bei der Endlagersuche
Drs. 18/24115, 18/25306 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie I: Umwelt & Klima
Drs. 18/24140, 18/25350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie II: Soziale Nachhaltigkeit
Drs. 18/24141, 18/25157 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie III: Ökonomische Nachhaltigkeit
Drs. 18/24142, 18/25098 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	**ohne**

   Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie IV: Bildung für Nachhaltige Entwicklung
Drs. 18/24143, 18/25156 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie V: Kommunikation stärken und Bürgerinnen und Bürger beteiligen
Drs. 18/24144, 18/25129 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

10. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Bewährte Besucherlenkung im Nationalpark Berchtesgaden fortsetzen
Drs. 18/24145, 18/25349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!
Drs. 18/24147, 18/25352 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Digitalbonus für soziale Dienstleister
Drs. 18/24243, 18/25342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Krisennummer 117 für psychische Krisen
Drs. 18/24254, 18/25367 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	ENTH	ENTH

14. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Raubkunst und Provenienzforschung in Bayern und Deutschland
Drs. 18/24255, 18/25353 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehren aus Corona: Bericht über Kulturförderung und Kulturpolitik in Bayern
Drs. 18/24256, 18/25354 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	**ohne**	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Martin Schöffel, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unser Wald: Schützen und Nutzen muss die Maxime bleiben
Drs. 18/24257, 18/25340 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	A	ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Arbeitnehmerüberlassung im Gesundheits- und Pflegebereich
Drs. 18/24265, 18/25369 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Antragsportal für Förderungen durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Drs. 18/24266, 18/25355 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	**ohne**	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

19. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bäuerliche Tierhaltung bewahren – Keine Ausweitung der Auflagen durch eine Novelle der Industrieemissionsrichtlinie der EU
Drs. 18/24267, 18/25341 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Abschluss von Arbeitsverträgen für (Hilfs-)Lehrkräfte vereinfachen und beschleunigen
Drs. 18/24270, 18/25303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	ENTH	Z

21. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Bayern
Drs. 18/24290, 18/25158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energetische Nutzung von Holzbiomasse
Drs. 18/24291, 18/25300 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Digitalkonzept für Schulen erstellen
Drs. 18/24319, 18/25390 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Sonderparkausweis für Menschen mit Behinderung in Bayern
Drs. 18/24324, 18/25159 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben! Klimapolitische Rechtsvorschriften revidieren, Energiesteuern senken!
Drs. 18/24338, 18/25301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Präventionsmaßnahmen und Beratungsangebote zum Schutz vor sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen
Drs. 18/24340, 18/25378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	**ohne**	Z	Z

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron,
Oskar Atzinger, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Nach dem Schuljahr 2021/2022 erneut fehlende Schulbücher
eingangs des Schuljahres 2022/2023
Drs. 18/24356, 18/25392 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Schritt für Schritt dem Lehrkräftemangel entgegentreten –
Quer- und Seiteneinstieg in den Lehrerberuf leichter ermöglichen!
Drs. 18/24403, 18/25393 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze,
Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Barrierefreie Kommunikation beim ZBFS konsequent umsetzen –
Inhalte in Gebärdensprache und Leichter Sprache bereitstellen
Drs. 18/24404, 18/25160 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Oskar Atzinger u.a. und Fraktion (AfD)
Nicht an der Zukunft sparen: Absenkung der Raumtemperaturen und Ausdehnung der vorlesungsfreien Zeiten verhindern
Drs. 18/24405, 18/25356 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	**ohne**	A

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

31. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen in der Energiekrise unterstützen – Exzellente Forschung darf nicht gefährdet werden
Drs. 18/24428, 18/25357 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	**ohne**	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

32. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Hallenbäder geöffnet halten – Kommunen bei dem Betrieb ihrer Schwimmflächen effektiv und zielgerichtet unterstützen
Drs. 18/24438, 18/25296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	ENTH

33. Antrag der Abgeordneten Harald Güller,
Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Eissport in Bayern weiterhin ermöglichen –
Kommunen und Eissportvereine unterstützen
Drs. 18/24439, 18/25297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

34. Antrag der Abgeordneten Harald Güller,
Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Sportvereine und ihre Mitglieder bei den Energiekosten entlasten II –
Kommunen durch gezielte Unterstützungsprogramme
von Energiekosten entlasten
Drs. 18/24440, 18/25298 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

35. Antrag der Abgeordneten Harald Güller,
Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Sportvereine und ihre Mitglieder bei den Energiekosten entlasten I –
Vereine mit eigenen Sporthallen und/oder anderen Sportstätten durch
gezielte Unterstützungsprogramme von Energiekosten entlasten
Drs. 18/24441, 18/25299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausgezeichnete Gesundheitsversorgung aller Frühchen in Bayern sicherstellen, planerische Aufgaben aktiv übernehmen!
Drs. 18/24442, 18/25370 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Programm gemeinsam.Brücken.bauen jetzt anpassen!
Drs. 18/24516, 18/25394 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Implementierung von Hebammenkreißsälen in bayerischen Kliniken unterstützen!
Drs. 18/24517, 18/25371 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Versorgungsangebot für Long COVID-Patientinnen und -Patienten im Freistaat
Drs. 18/24519, 18/25372 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft erfolgreicher Projekte der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen
Drs. 18/24523, 18/25358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	**ohne**	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

41. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Schließung der Notaufnahme in der Kreisklinik Berchtesgaden konsequent verhindern
Drs. 18/24579, 18/25373 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

42. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
DRG-System: Warum müssen Kliniken Gewinne machen?
Drs. 18/24580, 18/25365 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

43. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger,
Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Kein unsinniges „Frieren für den Frieden“ in bayerischen Schulen
Drs. 18/24610, 18/25395 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

44. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron,
Oskar Atzinger, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Zusätzliche Staatsinstitute zur Ausbildung von Förderlehrern
in jedem Regierungsbezirk des Freistaates Bayern einrichten
Drs. 18/24660, 18/25396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ganztagesanspruch jetzt zielgerichtet vorbereiten:
Schulversuch „Fachkraft für Grundschulkindbetreuung“
verstetigen und landesweit bewerben
Drs. 18/24662, 18/25397 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachverständigenanhörung: Eine Strategie für Bildung für nachhaltige Entwicklung für Bayern – Vom Projekt zur Struktur
Drs. 18/24668, 18/25398 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

47. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
EduTech am Puls der Zeit statt Schul-IT der „Marke Eigenbau“
Drs. 18/24733, 18/25399 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

48. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Auswirkungen des Green Deal auf die bayerische Landwirtschaft
Drs. 18/24764, 18/25227 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.12.2022 **Drucksache** 18/**25740**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 18/**24147**, 18/**25352**

Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Dr. Stephan Oetzinger
Abg. Susanne Kurz
Abg. Rainer Ludwig
Abg. Ralf Stadler
Abg. Markus Bayerbach
Abg. Inge Aures
Abg. Helmut Markwort

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!
(Drs. 18/24147)

Dazu ist, wie gesagt, namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist Prof. Dr. Ingo Hahn von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Rundfunk ist in den letzten Monaten wahrlich in aller Munde gekommen. Besonders wir von der AfD sehen hier großen Handlungsbedarf und haben bereits mehrfach die Reform des bestehenden Systems angemahnt – so auch in diesem Antrag.

Schauen wir uns doch einmal an, was das Volk, die bayerische Bevölkerung, die deutsche Bevölkerung, zu diesem Zwangsfunk zu sagen hat. Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos vom November – also frisch und aktuell – ergab Folgendes:

Lediglich 30 % – oder: knapp jeder Dritte – sprechen sich dafür aus, dass ARD und ZDF wie bisher je ein eigenständiges Fernseh- und Onlineprogramm bereitstellen sollen. Dagegen würden 35 % eine Zusammenlegung der beiden Sender begrüßen. Weitere 35 % sind für eine vollständige Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. – Passend dazu hat gerade der Bayerische Rundfunk hier seine Ka-

mera abgebaut; die wollen so etwas natürlich nicht senden und werden es auch nicht senden.

Interessant ist aber auch, dass ein großer Anteil der Wählerschaft des bürgerlichen Lagers, meine Damen und Herren hier vorne, eine vollständige Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befürwortet, nämlich 27 % der FDP-Wähler und 30 % der Unionswähler. Beliebter ist nur noch der Vorschlag der Zusammenlegung der beiden Sender; diesen bevorzugen 48 % der FDP-Anhänger sowie 42 % der Unionsanhänger. Man höre und staune!

Quasi stellvertretend für die große Mehrheit der Unionswähler brachte der sächsische Ministerpräsident Kretschmer am vergangenen Wochenende die Situation des Rundfunks in Deutschland auf den Punkt – ich zitiere –: Wir haben eine Legitimationslücke. Die Leute sind unzufrieden mit ARD und Co.

Interessanterweise haben die Reaktionen der Bürger im Land und die vielen guten Anträge der AfD zur Rundfunkreform im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst – dort wird das ja verhandelt; passend dazu ist Minister Blume gerade gegangen; es interessiert ihn nicht – keine Berücksichtigung gefunden. Ich kann Ihnen so viel sagen: Über 80 % der Petitionen im Wissenschaftsausschuss sind genau zu diesem Thema: Rundfunk und Gebühren. – Und der Minister geht genau bei diesem Tagesordnungspunkt hinaus.

(Zuruf von der CSU: Er ist nicht der zuständige Minister!)

Von dem Reformbedarf wird trotzdem gesprochen. Ein erster – kleiner – Schritt ist ja gemacht: Es gibt jetzt nämlich eine Anhörung.

Warum aber nicht gleich einen großen Schritt machen, warum nicht einen Schritt weiter gehen? Wir haben ja gesehen, wie die Leute darauf reagieren. Es ist doch mehr als evident, dass das jetzige System überholt ist. Denn: Ein Skandal reiht sich an den

nächsten. Die fiskalischen Sünden der Sendeanstalten reißen nicht ab; wir denken an die horrenden Gehälter und Ruhestandsbezüge.

Und: Das Angebot im TV erreicht fast nur noch Zuschauer über 60 Jahre; sowohl bei der ARD als auch beim ZDF liegt der Durchschnitt weit über 60. Politische Indoktrination in Dauerschleife ist die Regel. Trotzdem steigen die Beiträge unentwegt weiter an. – Schön, dass Sie wieder da sind, Herr Minister Blume. Vielleicht freuen Sie sich auch persönlich, wenn die Beiträge das einmal nicht tun. – Bis hierhin haben die Leute es stehen, meine Damen und Herren, bis hierhin: Oberkante Unterlippe!

Lassen Sie mich zum Schluss die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion – interessanterweise Frau Gitta Connemann von der CDU –, die sich jüngst wie folgt äußerte, zitieren:

> Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss reformiert werden – jetzt. Und ohne Denkverbote. […] Er muss sich wieder auf seine Kernaufgaben fokussieren: […] Information, Bildung, Beratung, Unterhaltung und Kultur. Punkt.

Dem, meine Damen und Herren, kann ich mich hier nur anschließen, und ich sage: Ja, aber dann wirklich jetzt!

Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie zu!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Stephan Oetzinger von der CSU-Fraktion.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! In der Tat ist es so, dass der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst immer wieder über die Reformbedürftigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diskutiert.

Lieber Herr Hahn, nach vier Jahren Zugehörigkeit zu diesem Ausschuss hat auch Ihnen nicht entgehen können, dass der für den Bereich des öffentlichen Rundfunks zuständige Minister nicht Staatsminister Blume, sondern Staatsminister Dr. Herrmann ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zudem ist an dieser Stelle eines zu sagen, meine Damen und Herren: Wir diskutieren seit vielen Jahren den Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch wir, die CSU-Fraktion, insbesondere Kollege Alex Dorow, haben immer wieder betont, dass wir Reformbedarf sehen. Somit haben wir gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN vor zwei Wochen den Antrag auf Durchführung einer Anhörung eingebracht mit dem Ziel, den Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genauer zu erörtern und die notwendigen Reformen auf den Weg zu bringen.

Es geht also bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht um die Frage des Ob, sondern um die Frage des Wie. Gerade dazu ist Ihr Antrag, der auch im Ausschuss schon intensiv diskutiert wurde, der falsche Weg. Warum das so ist, möchte ich an einigen wenigen Punkten deutlich machen:

Erstens muss nicht das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verschlankt werden, sondern seine Strukturen. Bevor man an eine entsprechende Neustrukturierung geht, gilt es zu definieren, was denn die sogenannte Grundversorgung tatsächlich darstellen soll. Hier bleibt Ihr Antrag eine entsprechende Ausführung schuldig.

Klar ist, dass die Programmfelder geprüft werden müssen; die von Ihnen genannten Programmbereiche wirken allerdings rein willkürlich gewählt, liebe Kollegen von der AfD.

Zudem ist eine wesentliche Reduzierung nicht mit dem Grundsatz der Rundfunkfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes und auch nicht mit dem einschlägigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Rundfunk vereinbar.

Viertens soll der Rundfunkbeitrag natürlich im Idealfall sinken oder zumindest eine konstante Entwicklung haben und stabil bleiben. Hier allerdings zunächst eine Senkung auf den Weg zu bringen, ohne die tatsächlichen Bedarfe zu ermitteln, springt aus unserer Sicht deutlich zu kurz. Ein vollständiger Verzicht auf Werbung und Sponsoring würde nach dem jetzigen System dazu führen, dass die aktuellen Gebühren steigen müssten. Auch das würde dem geforderten Ziel der Konstanz bzw. einer Senkung der Gebühren entgegenlaufen.

(Unruhe)

Die aktuell genannten und in Ihrem Antrag zur Sprache kommenden Fehlentwicklungen, insbesondere die Ereignisse rund um die ehemalige Intendantin des RBB, wurden bereits entsprechend gewürdigt. So hat sich die Rundfunkkommission intensiv mit dem Thema befasst und angemahnt, dass eine verantwortungsvolle und sorgsame Verwendung der Gebühren durch die Intendanten und entsprechenden Gremien der Anstalten zu gewährleisten ist.

Zudem fordert die Kommission – das ist meines Erachtens auch wichtig und richtig –, dass eine interne Aufsichts- und Compliance-Struktur bei allen Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entsprechend überarbeitet werden muss. Uns als CSU-Fraktion ist gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, den FREIEN WÄHLERN, der Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bewusst. Dieses Thema sind wir auch vor der AfD angegangen und haben deshalb eine Anhörung auf den Weg gebracht. Wir werden uns im kommenden Jahr mit dieser Anhörung im Fachausschuss beschäftigen und die notwendigen Schlüsse ziehen. – Ihren Antrag von der AfD brauchen wir dazu nicht und lehnen ihn daher auch ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der Abgeordnete Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Hahn, bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Dr. Oetzinger von der CSU, ich hatte es gerade eben gesagt: Über 80 % der Petitionen drehen sich um das Thema des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Rundfunkbeiträge; das wissen Sie genauso gut wie ich. Wenn Sie sagen, der Minister Herrmann sei hierfür eigentlich der richtige Ansprechpartner, dann weiß ich nicht, ob Sie ihm damit jetzt einen Gefallen tun, aber ich persönlich habe ihn noch nie im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst gesehen. Es wäre dann doch eigentlich auch sinnvoll, dass er dort einmal auftaucht; es sei denn, er hat kein Interesse an diesem Anliegen der Bürger.

Ich wollte aber eigentlich auf ein anderes Thema zu sprechen kommen: Das betrifft die Streiks beim ZDF. Heute Morgen ist ja sozusagen das "Morgenmagazin" ausgefallen. Es gibt die Forderung Ihrer Union, die Grundversorgung sicherzustellen; darüber kann man ja reden. Heute Morgen gab es noch nicht einmal die Grundversorgung mit Nachrichten, weil die Millionärin und ZDF-Moderatorin Dunja Hayali zusammen mit anderen einfach gestreikt hat. Es gab keine Nachrichten, also auch keine Grundversorgung. Meine generelle Frage an die CSU: Warum haben Sie in der Vergangenheit keinem der zahlreichen Anträge der AfD zu einer Rundfunkreform zugestimmt?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte achten Sie auf Ihre Redezeit!

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Lieber Herr Kollege Hahn, ich habe deutlich gemacht, dass wir als Regierungsfraktionen uns diesem Thema widmen. Übrigens weise ich deutlich zurück, dass der Staatsminister Herrmann kein Interesse am Thema Rundfunk hat. Er hat immer wieder bewiesen, dass er sich mit dem Thema auseinandersetzt. Wie Ihnen nicht entgangen sein dürfte, sind auch immer wieder Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei zu den einzelnen Petitionen im Ausschuss anwesend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Susanne Kurz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Susanne Kurz (GRÜNE): Es ist leider traurig. Man will schon gar keine Reden mehr schreiben, weil man hier erst einmal Fortbildungsunterricht leisten und erklären muss, wie öffentlich-rechtlicher Rundfunk überhaupt strukturiert ist und was dessen gesetzliche Grundlagen sind. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat die Rechtsaufsicht über den BR. Die Staatskanzlei mit dem Medienminister Florian Herrmann verhandelt die Medienstaatsverträge, die dafür zuständig sind, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk strukturiert ist, wie die Landesrundfunkanstalten funktionieren usw.

Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal einen CSU-Minister verteidigen muss, aber er ist tatsächlich ehrenamtlich unter anderem im Rundfunkrat, in dem auch ein Kollege der AfD sitzt. Wenn man sich in der Fraktion ein bisschen besser verstehen würde, dann könnte man dort auch einmal weitersagen, dass ein ehrenamtlich aktiver CSU-Minister sich sehr wohl auch für Belange der Öffentlich-Rechtlichen engagiert, was man – jetzt wird es leider wieder bitter, liebe CSU; der Minister wehrt auch schon ab – von dem Minister leider nicht immer behaupten kann. Noch in diesem Sommer hat er einen Tweet von Julian Reichelt retweetet, in dem es hieß – ich zitiere: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hätte "[…] den einzigen Talk-Moderator […], der nicht linksextrem und nicht Propagandist ist […]" abgesetzt. – Ich fand es schon ziemlich harten Tobak, dass ein Minister, der hier Medienstaatsverträge verhandelt, ausgerechnet solche Tweets von Julian Reichelt retweetet und damit dessen propagandistischen YouTube-Kanal befördert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Auch aus anderer Ecke ist die CSU-Fraktion nicht gerade als große Unterstützerin der Öffentlich-Rechtlichen bekannt. Um den Landtag herum wurden wir mit Plakaten vom rechten Flügel der CSU beglückt,

(Heiterkeit bei der AfD)

die vielleicht der AfD nacheifern wollen. "Mangelnde Meinungsvielfalt, Umerziehung und Verschwendung – Brauchen wir ARD und ZDF noch?", hieß es. Ich habe mich wirklich fremdgeschämt, dass in einer Stadt wie München von Umerziehung die Rede ist, wohin so viele Menschen aus den uigurischen Gebieten Chinas geflüchtet sind, die wissen, was Umerziehung bedeutet und welche Konsequenzen sie hat. – Das soll es mit meinen Bemerkungen zur Medienpolitik der CSU aber auch gewesen sein.

Auf der Seite der AfD ist unter "zeitgemäße Medienpolitik" Folgendes zu finden: "Die Zwangsfinanzierung des öffentlichen Rundfunks ist umgehend abzuschaffen und in ein Bezahlfernsehen umzuwandeln." – Das ist das Zitat des einzigen Satzes der bayerischen AfD zur Medienrundfunkpolitik.

(Unruhe)

An dem von Ingo Hahn Eingebrachten sieht man, dass die AfD nicht einmal weiß, wie Rundfunk funktioniert, kontrolliert wird und strukturiert ist. Wenn ich dann zum einen lese, dass man das Ganze eigentlich in ein Bezahlfernsehen umwidmen will, dass es also viel mehr kosten soll als jetzt, und zum anderen in diesem Antrag "Verschlankung" lese, muss ich sagen: Wer hier von Verschlankung spricht, der meint in Wirklichkeit die Schwindsucht, und das werden wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Sicherung der Attraktivität des öffentlich-rechtlichen Fernsehens müssten wir in der Tat an die Struktur des Öffentlich-Rechtlichen herangehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Hier sind aber wir in der Politik gefordert, weil wir nämlich den Auftrag gemeinsam mit der Rundfunkkommission der Länder verhandeln. Dieser Auftrag muss finanziert werden; das bestimmt die Höhe der Gebühren.

Die Sicherung der Attraktivität für junge Menschen bezieht sich übrigens nicht nur auf das Fernsehen. Für Menschen mit anderen Muttersprachen gab es jetzt in der Ukraine-Krise und Corona-Krise zum ersten Mal Angebote, die nicht in deutscher Sprache waren. Es braucht die Sicherung der Attraktivität für marginalisierte Gruppen, die bisher im Öffentlich-Rechtlichen zu kurz kommen. Eine gehörlose Besucherin war beispielsweise bei unserer grünen Landtagsveranstaltung zur Zukunft des dualen Systems, bei der unter anderem Daniel Rosemann von ProSiebenSat.1 sowie die Intendantin des Bayerischen Rundfunks da waren, aber mit Regina Ziegler auch die Filmwirtschaft vertreten war. Eine Wegrationalisierung von Unterhaltung würde auch bedeuten, dass eine wichtige Finanzierungssäule der bayerischen Filmbranche wegbricht.

(Unruhe)

Diese gehörlose Besucherin hat darauf hingewiesen, sie sei darauf angewiesen, dass es noch mehr und noch bessere barrierefreie Angebote gebe und dass diese auch gut zu finden sein müssten. Die Mediatheken des BR seien zwar im Augenblick quer durchsuchbar, aber nur von oben nach unten. Dort brauche es noch mehr und bessere Vernetzung sowie mehr Angebote, weil hier die Attraktivität steigen müsse.

Das bedeutet: Es ist unsere Aufgabe als Politik, bei der Definition der Aufgaben und des Auftrags genau hinzuschauen. Es liegt in der Macht dieses Bayerischen Landtags, die Kontrollgremien zu stärken, festzulegen, wie dieses Kontrollgremium ausgestattet ist, wer dahin entsandt wird, welche Gruppen darin vertreten sind. Es ist auch eine grüne Forderung, dieses Kontrollgremium paritätisch zur Hälfte mit Frauen auszustatten und dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung regelmäßig evaluiert wird.

(Alexander König (CSU): Ich dachte, es gibt mehr Frauen als Männer im Land!)

– Es sind nicht mehr Frauen als Männer, lieber Herr König. Es sind jetzt sogar weniger Frauen als in der letzten Legislaturperiode des Rundfunkrats. Vielleicht schauen Sie einmal rein. Ich dachte, die CSU wüsste da ein bisschen mehr.

(Alexander König (CSU): Sie haben mich falsch verstanden! Ich habe gesagt: Es gibt im Land mehr Frauen als Männer!)

– Dann müssten ja noch mehr weibliche Menschen im Rundfunkrat vertreten sein. Es freut mich sehr, dass Sie sich auch für Parität engagieren. Ich hoffe dann, von der CSU ein Gesetz zur Neubesetzung des Rundfunkrats zu bekommen, wo es um mehr Parität geht. Wir GRÜNE würden uns freuen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzte Frau Kurz von den GRÜNEN, es wundert mich übrigens überhaupt nicht, dass Sie hier den CSU-Minister Herrmann verteidigen. Sie haben vielleicht sogar gleiche Motive; das wäre zu ergründen.

Ich möchte Ihnen als GRÜNE einmal eine Frage stellen: Wie stehen Sie zu dem Dilemma, dass selbst unter den Wählern der GRÜNEN circa 40 % für eine Zusammenlegung von ARD und ZDF sind? Das hat gerade die Ipsos-Umfrage vom November 2022 ergeben. Darin sind diejenigen nicht enthalten, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk komplett abschaffen wollen. Sie als grüne Partei wollen aber mit Ihren Zwangsabgaben gegen diese Wünsche der Wähler an der jetzigen Form des Rundfunks festhalten; das ist ja Ihre Position. Kann es sein, dass in den Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu viele Ihrer Freunde, Spezis und Unterstützer untergebracht sind und auch versorgt werden müssen?

(Beifall bei der AfD)

Susanne Kurz (GRÜNE): Wenn wir hier als Parlament Politik nach Umfragen machen würden, dann könnten wir alle gleich nach Hause gehen und die Parlamente abschaffen, weil es dann keine Wahlen mehr bräuchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Rainer Ludwig von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die öffentlich-rechtlichen Medien sind in den letzten Wochen und Monaten häufig selbst in die Schlagzeilen geraten:

(Unruhe)

Zunächst die Enthüllungen um die RBB-Intendantin Schlesinger, Gelder wurden veruntreut, Missstände unter den Teppich gekehrt, und Kontrollen haben versagt. Trotz aller Turbulenzen aber verfügen wir in Deutschland immer noch über eine der vielfältigsten und auch hochwertigsten Medienlandschaften der Welt, meine Damen und Herren. Die öffentlich-rechtlichen Medien tragen dazu maßgeblich bei.

Die Einhaltung allgemein anerkannter journalistischer Grundsätze wie ausgewogene, objektive, unabhängige, unparteiische, neutrale, wahrheitsgemäße und sorgfältig recherchierte Berichterstattung sowie die Wahrung persönlichkeitsachtender Standards sind das Markenzeichen des Öffentlich-Rechtlichen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und das ist gut so. Dies gilt umso mehr unter dem Aspekt der Digitalisierung und der destabilisierenden Informationsverbreitung durch das Internet. Ziel ist es, mit einem gediegenen Angebot für alle Teile der Gesellschaft dem Wandel der Mediennutzung Rechnung zu tragen und einen von öffentlich-rechtlichen Qualitätsmaßstäben geprägten offenen Kommunikations- und Debattenraum zu schaffen.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren von der AfD, genau damit erfüllt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Integrationsfunktion in den Kernbereichen Information und Bildung,

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, aber eben auch in der Unterhaltung mit Kultur und Sport. Die Programmgestaltung fokussiert sich nicht alleine auf Mainstream- oder Quotenorientierung, sondern sie zeichnet sich durch Qualität, Innovation, Vielfalt, Differenzierung, eigene Impulse und multiple Sichtweisen aus. Im hier erst vor Kurzem an dieser Stelle diskutierten Dritten Medienänderungsstaatsvertrag wurden viele Stellen zeitgemäß nachgeschärft, konkretisiert und verbessert.

In dessen Artikel 1 wird sichergestellt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch künftig seinem verfassungsrechtlichen Kernauftrag für Vielfalt und Grundversorgung nachkommt, orientiert am Gemeinwohl und an der Allgemeinheit. Die demokratierelevante Funktion wird dort deutlich herausgehoben.

Meine Damen und Herren von der AfD, viele Sendeanstalten haben sich inzwischen selbst umfassende Reformen auferlegt – vielleicht ist Ihnen das entgangen –, wollen effizienter werden, Kosten sparen, zum Beispiel durch Verschlankung in der Verwaltung, der Produktion, der Technik und der Redaktion, zum Beispiel durch ein flexibles Handling, ob Spartenangebote als eigenständige Kanäle weitergeführt, eingestellt, ausgetauscht oder ins Internet überführt werden. Auch die Modernisierung der Strukturen steht auf dem Programm. Durch die effiziente Zusammenführung der bislang eigenen Webauftritte und Mediatheken werden publizistische, technische und wirtschaftliche Synergieeffekte erzielt.

Meine Herren der AfD, auch die von Ihnen angesprochenen Aufsichtsgremien werden gestärkt. Zur besseren Transparenz und Überprüfbarkeit sollen anstaltsübergreifend harmonisierte, einheitliche und vergleichbare Maßstäbe gelten,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

mit denen eine objektive Kontrolle der Einhaltung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie der Ressourceneffizienz ermöglicht wird. Entsprechende Maßnahmen sind also bereits und werden noch eingeleitet. Daher ist Ihr Antrag in Teilen überholt und somit überflüssig.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Er enthält auch etliche Fehleinschätzungen, meine Damen und Herren. Sie von der AfD fordern beispielsweise ein umfassendes Werbe- und Sponsoringverbot. Sie vergessen dabei völlig, dass Werbeeinnahmen neben den Rundfunkgebühren durchaus eine zweite wichtige Säule bei der Finanzierung und zur Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien darstellen.

Ich fasse abschließend zusammen: Sie verhehlen in Ihrem Antrag völlig, dass sich die Länderchefs bereits auf umfassende Reformen verständigt haben. Sie lassen unerwähnt, dass die Akteure bereits intensiv bestrebt sind, Kosten zu sparen.

(Alexander König (CSU): Man kann sich alles schönreden!)

Sie fordern ein vollständiges Werbeverbot, das völlig über das Ziel hinausschießt und womöglich am Ende noch auf den Gebührenzahler zurückfällt. Schließlich ist auch Ihre Forderung nach der inhaltlichen Reduzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine stark eingegrenzte Grundversorgung nicht mit Artikel 5 des Grundgesetzes vereinbar.

Wir sind stolz auf unsere breite, unabhängige, systemrelevante Medienlandschaft. Sie ist Garant für Meinungsvielfalt, Meinungspluralismus und für unser demokratisches Gesellschaftsprinzip. Dabei spielt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine tragende Rolle. Dazu stehen wir. Sie von der AfD sind auf dem falschen Pfad. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Ludwig, es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen: die erste vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Ludwig, Ihre Schwesterpartei, die CDU, hat sich in Thüringen gegen die Gendersprache ausgesprochen.

(Unruhe)

Finden Sie es in Ordnung, dass die mediale Elite sich weiterhin anmaßt, den Zuschauern gegen deren Willen die Gendersprache aufzuzwingen? – Ja, es war nicht Ihre Schwesterpartei, sondern die der CSU; das ist klar. Aber die Frage hätte ich gerne einmal von Ihnen beantwortet.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Stadler, in der Tat: Solange Sie die CDU mit den FREIEN WÄHLERN verwechseln, kann man Ihre Frage nicht ernst nehmen. Was die Gendersprache betrifft, haben wir an dieser Stelle schon andere Aussprachen gehabt. Dazu äußere ich mich jetzt an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung: von dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Bayerbach.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Herr Kollege Ludwig, ein Stück weit widersprechen Sie sich selber, wenn Sie auf der einen Seite sagen, die öffentlich-rechtlichen Medien decken die Grundversorgung ab, und auf der anderen Seite die Breite der Aufstellung hervorheben.

Haben Sie Verständnis dafür, dass man hinsichtlich der Menge der Sender, die inzwischen betrieben werden, durchaus kritisch sein kann, und dafür, dass man ein Problem damit haben kann, dass zum Beispiel Teile der Bevölkerung jetzt ausgegrenzt werden, indem einzelne Sender nur noch mit HD zu sehen sind? HD hat bei Weitem nicht jeder.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Ich muss Ihnen ehrlich gestehen: Ich kann Ihre Frage nicht nachvollziehen, weil sie an der Realität vorbeigeht, und unter dem Aspekt will ich Ihnen keine Antwort darauf geben, weil Ihre Behauptung nicht zutrifft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun Frau Kollegin Inge Aures von der SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die SPD, stehen für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Umfangreiche Reformen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wurden in der letzten Zeit natürlich häufiger debattiert. Diese Debatte muss aber auch geführt werden, und wir werden sie für die Zukunft brauchen. Auch wir, die SPD, sehen Reformbedarf. Das Fehlverhalten von wenigen Einzelnen macht Veränderungen natürlich nötig, aber man muss es umfassend und vor allem transparent aufklären. Heute möchte ich deshalb noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, dass es dabei wichtig ist, nicht zu vergessen, welchen Wert und welche Aufgaben der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich schon einmal reden darf, dann will ich auch, dass mir jemand zuhört.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf die Werte und die Wertschätzung hinweisen, die wir dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk schulden,

(Zuruf von der AfD: Schulden?)

nämlich zur freien Meinungs- und Willensbildung beizutragen und somit einen Grundpfeiler für unsere Demokratie zu unterstützen. Öffentlich-rechtliche Informationsangebote haben eine zentrale Schlüsselrolle in unserer Demokratie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, das hat sich gerade auch während der Corona-Krise gezeigt. Der Rundfunkbeitrag trägt wesentlich dazu bei, die Qualität für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

(Alexander König (CSU): Ach was, Geldverschwendung!)

Der Rundfunkbeitrag schafft wichtige Bedingungen, um die Redaktionen gut auszustaffieren.

(Alexander König (CSU): Ausstaffieren, das ist der richtige Begriff!)

Somit können Journalistinnen und Journalisten fundierte Recherchen betreiben und journalistische Standards einhalten, ohne dass sie jeden Tag und ständig der Frage der Finanzierbarkeit ausgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): In Saus und Braus leben, das ist es!)

– Ja, Herr König, manchmal bringen die etwas, was Sie nicht gerne hören. – Wir, die SPD, sind hingegen für die Ausarbeitung zukunftsträchtiger und notwendiger Reformen. Wir sind für Transparenz. Wir unterstützen die Vielfalt und die Unabhängigkeit unserer Medien, und wir werden auch weiter dafür kämpfen. Die Medienschaffenden sind zu stärken, und sie sind nicht in ihrer wichtigen Aufgabe für die Gesellschaft zu beschneiden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unverzichtbar für unsere Demokratie. Wir, die SPD, lehnen diesen Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Nächster Redner ist Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion.

(Alexander König (CSU): Die Reden sind alle vom Bayerischen Rundfunk!)

Helmut Markwort (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns mit einem Antrag beschäftigen, der überflüssig und überholt ist. Er ist überflüssig, weil er im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schon ausgiebig diskutiert und von allen Fraktionen außer der AfD abgelehnt wurde. Das wird sich heute wiederholen. Ich halte das für Zeitdiebstahl. Aus meiner Perspektive ist es sogar Diebstahl von Lebenszeit.

(Beifall bei der FDP)

Inhaltlich ist der Antrag, um es einmal hebräisch zu sagen, Tohuwabohu. Es sind vernünftige Dinge drin, aber auch wirres und schiefes Zeug. Es ist auch kein Antrag, es ist ein Appell an die Bayerische Staatsregierung. Aber auch eine bessere Regierung könnte mit diesem Antrag, mit diesem Appell, nichts anfangen.

Wir sind hier im Landtag schon weiter. Selbstverständlich braucht der öffentlich-rechtliche Rundfunk dringend eine Reform,

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

damit von diesen 8,4 Milliarden Euro mehr Geld ins Programm fließt und weniger in Verwaltung, Produktion und Technik.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Meine Fraktion hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sehr konkret ist und sich damit beschäftigt, wie wir vom Bayerischen Rundfunk aus – und nur den können wir hier beeinflussen – die Reform anstoßen. Wir verlangen eine Änderung der Gremienzusammensetzung. Wir appellieren an die Anstalten, mehr zusammenzuarbeiten mit dem Ziel von Kompetenzzentren, wie sie auch die Intendantin des Bayerischen Rundfunks schon gefordert hat. EfA – einer für alle –, die Anstalten machen viel zu viel gleichzeitig.

Als Journalist freue ich mich aber, dass viele Kollegen vom RBB in eigener Recherche in letzter Zeit große Missstände aufgedeckt haben. Da sehen wir das Grundübel der öffentlich-rechtlichen Anstalten: Einerseits genießen sie die Privilegien der freien Wirtschaft mit hohen Gehältern und fürstlicher Bezahlung, andererseits nehmen sie gleichzeitig die Rechte der Beamten des öffentlichen Dienstes in Anspruch und sind unkündbar und haben eine tolle Altersversorgung.

(Alexander König (CSU): Die Wahrheit ist schmerzhaft, aber so ist es!)

Diese Kombination ist ein Problem. Ich habe CSU und FREIEN WÄHLERN auch zugestimmt: Wir werden hier zwei große Anhörungen haben, mit internationalem und mit deutschem Aspekt. Ich bin sicher, im März und im Juli werden wir Experten bekommen, damit die Reform des Rundfunks vorangetrieben wird. Die Bayerische Staatsregierung muss aber auch etwas tun. Ich finde es schade, dass Herr Herrmann, der für die Staatsregierung im Rundfunkrat sitzt und die Kommission leitet, sich noch nie dafür eingesetzt hat – jedenfalls nicht nach meiner Kenntnis –, dass der Saarländische Rundfunk und Radio Bremen beispielsweise abgeschafft werden. Das fordern inzwischen auch mein ARD-Kollege Ulrich Wickert und viele andere. Da sitzen die Ministerpräsidenten beieinander und trauen sich nicht, sich gegenseitig zu sagen: Geh mal von deinen Privilegien herunter!

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das sind die großen Dinge, die wir in der Rundfunkreform verlangen. Dazu braucht man aber konkrete Schritte und keine Appelle.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, die wir in namentlicher Form durchführen. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD zustimmen möchte, der kann das jetzt maschinell tun. Ich eröffne die Abstimmung. Die Abstimmung beginnt, wir haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16:46 bis 16:49 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Wir warten noch auf das Ergebnis. Das war der letzte Tagesordnungspunkt.

(Unruhe)

Ich sehe, dass Sie untereinander viel Redebedarf haben.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!", Drucksache 18/24147, bekannt. Mit Ja haben 16 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 134 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 1. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich schließe die Sitzung. Wir sehen uns um 19:00 Uhr zur Weihnachtsfeier.

(Schluss: 16:51 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2022 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion AfD; Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten! (Drucksache 18/24147)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert			
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra			
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar		X	
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	16	134	1